

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 20. Jahrgang, Nr. 21, 16. Oktober 2003

Deutsches Pressesearchiv und
Anfangszentrum Berlin e.V.
Ecksteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 X 611 62 49
E-Mail: 100500 CO/Kto-Nr.: 0670017787

Einblicke

Vernetzt

Von Helmut Lölhöfel

Die Festnahme einer Gruppe militanter Neonazis in München und einiger Helfer bundesweit hat – wie an dieser Stelle vor Wochen vorhergesagt – zwar kurzfristig Aufsehen erregt, aber keine gründliche Folgediskussion ausgelöst. Es ist wie immer, wenn es um rechtsextreme Gewalt geht: Dem spontanen Entsetzen folgt routinemäßig Empörung, der Ankündigung von Gegenwehr folgt nichts. Dieser Kreislauf macht den von öffentlichen Institutionen propagierten Kampf gegen rechts nicht glaubwürdig, sondern fällt in die verbreitete Meinung, dass Politik ja sowieso nichts bewege und man Politikern ohnehin nicht trauen könne. Es ist bedauerlich, dass solche Vorurteile immer wieder neue Nahrung durch tatsächliche Erfahrungen bekommen.

Immerhin lenkt das Aufliegen der Münchner Rechtsterroristen, die nach Erkenntnissen der Fahnder Sprengstoffanschläge auf jüdische und ausländische Einrichtungen geplant hatten, den Blick etwas stärker auf die erhebliche Gefährdung, die nach wie vor am militanten rechten Rand schlummert. Täglich sind in der deutschen Lokalpresse verstreute Meldungen zu lesen, dass irgendwo wieder einzelne Neonazis festgenommen oder verhaftet worden sind. Da die Landeskriminalämter wortkarg sind, lassen sich nur Vermutungen anstellen.

Die Polizeibehörden der Länder und das Bundeskriminalamt untersuchen intensiv, welche bundesweiten Vernetzungen in der rechtsextremen Szene bestehen. Dabei fällt auf: Immer stärker bildet sich eine Mischszene heraus, für den die Ermittler einen Oberbegriff verwenden: „Aktionsorientierter Rechtsextremismus“. Darunter verstehen sie gemeinsame Aktivitäten oder strategische Allianzen von Neonazis, Skinheads, rechten Rockern und Hooligans, deren Ideologien und Ziele sich annähern. Sie aufzudecken und zu zerschneiden, ist nicht nur eine polizeiliche, sondern auch eine gesellschaftliche und damit politische Aufgabe neuer Dimension.

Geburtstagsparty

Das Neonazi-Zentrum „Club 88“ in Neumünster lädt auch mit eigenen Veranstaltungen zum Besuch ein.

Seite 2 ■

Wahlplattform

Die NPD sucht vergeblich Partner für eine gemeinsame Liste der rechtsextremen Parteien zur Europawahl.

Seite 3 ■

Häufung von Straftaten

In Baden-Württemberg hat sich östlich von Stuttgart ein Schwerpunkt der rechtsextremen Szene entwickelt.

Seite 4 ■

Kandidat Le Pen

Der Chef des französischen Front National will jetzt Regionalpräsident in Südostfrankreich werden.

Seite 8 ■

Erinnerung wachhalten

Ein kleiner Verein auf der griechischen Insel Kefalonia sammelt Hinweise auf die von Deutschen begangenen Verbrechen.

Seite 10 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.
Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten

Beliebter Treffpunkt

Der neonazistische „Club 88“ in Neumünster feiert seinen siebten Geburtstag. Die Betreiber bemühen sich, der Stadt keinen Grund zur Schließung zu geben – weniger zurückhaltend sind die Gäste.

Am frühen Abend treffen immer mehr Kameraden im „Club 88 – The very last resort“ ein. Der Club mit dem programmatischen Namen „Heil Hitler – der allerletzte Ausweg“ in der schleswig-holsteinischen Stadt feiert Geburtstag. Vor dem Neonazi-Zentrum stehen überwiegend junge Männer und Frauen mit Bier in der Hand. Andere Gäste des Clubs sitzen auf Holzbänken unter Festzelten im hinteren Garten. Einige Utensilien, die der „wahre Nationalist“, wie sich die Aktivisten der Freien Kameradschaft selbst verstehen, braucht, von Modeaccessoires bis Propagandautensilien, liegen auf Tischen zum Verkauf aus. Nur die Live-Musik fehlt. Trotz des rechten Sounds aus Anlagen, sind die bis in den späten Abend des 5. Oktobers dieses Jahres anreisenden Kameraden guter Laune.

Anlässlich des siebenjährigen Bestehens des Nazi-Zentrums wollten die Betreiber Christiane Dolscheid, Tim Bartling und Peter Borchert auch nur eine feine „Club-Party“ und kein großes Konzert veranstalten. Zum sechsten Geburtstag hatten sie noch ein Rechtsrock-Konzert mit 700 Neonazis in der 70 000 Einwohner großen Stadt ausgerichtet. Damals beschwerten sich einige Kameraden nach dem Konzert allerdings über die hohen Bierpreise.

An die 200 Neonazis aus Norddeutschland, sowie einige Kameraden aus Dänemark, sind der Einladung zu dem Zentrum gegenüber der Grund- und Hauptschule Gadeland gefolgt. „Ein ruhiger Abend“, erklärt ein Pressesprecher der Polizei. Weder im Stadtteil, noch im Zentrum sei es zu „Störungen“ gekommen. Bemühen sich doch auch die „Club-Macher“, ihren Kameraden nahezulegen, „militante Aktionen“ in der Stadt möglichst zu unterlassen, um keine „Argumentationshilfe“ für eine Schließung zu geben. Denn nach Protesten gegen das Zentrum der militanten Neonazis versuchte die Stadt Neumünster im Jahr 2000, der verantwortlichen Betreiberin Dolscheid die Konzession zu entziehen. Ohne Erfolg. Nach jahrelangem Dulden des Treff sei ein aktueller Schließungsgrund

nicht erkennbar, urteilte das Oberverwaltungsgericht. Seitdem bemüht sich der Stadtrat der Kreisstadt nicht mehr um eine Schließung des Club, der nicht nur nach Neonaziaufmärschen als Treffpunkt dient, sondern auch mit eigenen Veranstaltungen zum Besuch einlädt. In den vergangenen sieben Jahren boten die Club-Macher immer wieder Bierabende, Fußballturniere und Konzerte an.

Die selbst auferlegte Zurückhaltung scheinen indes einige „Club-Freunde“ nicht mehr für nötig zu halten. Im Frühjahr dieses Jahres schritt die Polizei bei einem Rechtsrock-Konzert des Clubs wegen der „Verwendung von Symbolen verfassungsfeindlicher Organisationen“ ein. Die Beamten nahmen von über 400 Besuchern die Personalien auf. Beim alljährlichen Holsten Köste Sommerfest griffen 15 Neonazis ausländische Mitbürger an. „Mit Schlagstöcken und Flaschen“, berichtet ein Augenzeuge, „jagten sie die Ausländer“. Jugendliche, die links aussahen, seien im Stadtteil Einsfeld von „Rechten zusammengeschlagen“ worden, sagt er weiter.

In der nördlichen Region von Hamburg halten sich die Freien Nationalisten erst gar nicht aus taktischem Überlegungen zurück. Ihre Aktionen, wie das Beschädigen des Verlagshauses der „Tageszeitung“ in Pinneberg, sowie in Elmsborn der Angriff auf einen Punk, fallen nicht auf den Club zurück, auch wenn sie ihn regelmäßig besuchen. Während des schleswig-holsteinischen Kommunalwahlkampfes 2003 griffen weitere Freunde des Clubs aus der Kameradschaft Elbmarsch massiv die Alternative Liste (AL) an. Die Kameraden der etwa 50 Aktivisten großen Gruppe um Christoph Miron Jaeger aus Wedel versuchte, bei AL-Treffen in Elmsborn die Gäste zu fotografieren, in Tornesch sprühten sie „Du bist der nächste von Appen“ (ein AL-Mitglied) an die Bahnunterführung, ein Brandsatz an dem Haus der ehemaligen AL-Sprecherin zündete nicht, ein Jugendlicher der AL wurde von einem fahrenden Autos aus vom Fahrrad gerissen und stürzte schwer, einen weiteren Jugendlichen bedrohten sie nachts an der Haustür.

Im nahe gelegenen Club könnten die Kameraden mit dem wegen Körperverletzung und Waffenbesitz verurteilten Club-Macher Borchert ihre Aktionen gefeiert haben. Denn von all den kleinen Orten fahren die Rechten gerne mal 20 bis 30 Minuten in der Woche oder am Wochenende auf ein Bier zu dem Neumünsteraner Club. Längst ist der Club zwischen Subkultur und Politik ein beliebter Treff. Nicht nur für überzeugte Neonazis. *Andreas Speit*

Aktivitäten

Abfuhr für Voigt

Der NPD-Vorstand ist mit dem Vorstoß gescheitert, eine gemeinsame Plattform der Rechten zur Europawahl zu bilden.

Günter Deckert ist wieder da – in der NPD. Zwar nicht als Vorsitzender – eine Funktion, die er von 1991 an mehr als vier Jahre lang inne hatte. Aber immerhin als Europakandidat. Ein Parteitag in Saarbrücken wählte ihn gegen den Willen des Bundesvorstands am ersten Oktober-Wochenende auf den fünften Platz der Kandidatenliste.

Noch vor eineinhalb Jahren war Deckert alles andere als mehrheitsfähig in der Partei. Damals unterlag er beim Parteitag in Königslutter bei der Wahl des Vorsitzenden dem Amtsinhaber Udo Voigt mit 42 zu 207 Stimmen. Und nicht nur das. Zu hören war anschließend, dass während Deckerts Rede das Mikrofon abgestellt wurde. Von Ordnern sei er massiv attackiert und zu Boden gerissen worden, was beinahe zu einer Massenschlägerei geführt habe. Parteichef Voigt begrüßte das Vorgehen gegen Deckert seinerzeit.

Dass er den inzwischen 63-Jährigen immer noch nicht mag, darf man vermuten. Auf der Vorschlagsliste des Bundesvorstands für die Europa-Kandidaten jedenfalls tauchte Deckerts Name nicht auf. Ein Warnsignal dürfte für Voigt gewesen sein, dass der Ex-Vorsitzende bei einer Vorabstimmung gleich das drittbeste Ergebnis erzielte, wie das Störtebeker-Netz berichtete: Voigt kam auf 104, sein Stellvertreter Holger Apfel auf 100 und Deckert auf 90 Stimmen. In Kampf abstimmungen für die Listenplätze 1 bis 4 unterlag Deckert diesem Bericht zufolge zunächst Voigt, Apfel, dem Organisationsleiter Peter Marx und dem Koordinator für Kommunalpolitik im Parteivorstand, Uwe Leichsenring. Gegenüber dem Landesvorsitzenden von Mecklenburg-Vorpommern, Hans Günter Eisenecker, hatte er dann aber die Nase vorn.

Interne Kontroversen sollten, wie schon im März 2002 beim Parteitag in Königslutter, der Öffentlichkeit verborgen bleiben. Lediglich für zwei Stunden waren Pressevertreter zugelassen. Und das auch nicht während womöglich hitziger Diskussionen: „In dieser Zeitspanne hält der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt seine Rede zum Partei-

tagsmotto“, ließ Pressesprecher Klaus Beier vorher verbreiten.

Wenig Erfolg scheint Voigt mit seinem Vorschlag beschieden, Deutschlands Rechtsaußen-Parteien sollten sich zur Europawahl zu einer gemeinsamen Wahlplattform zusammenschließen. Bereits am 24. August damit vom Vorstand beauftragt, richtete er entsprechende Schreiben an die Vorsitzenden von Republikanern, DVU und Deutscher Partei. Doch offenbar reagierte nur DP-Chef Heiner Kappel in etwa im Sinne Voigts. Im Prinzip habe Kappel seine Zustimmung signalisiert. Allerdings, so zitierte ihn die NPD, mache eine gemeinsame Liste „nur Sinn, wenn sich mindestens drei Partner beteiligen“. Zunächst also will die Splitterpartei DP, die sich ebenfalls am ersten Oktober-Wochenende mit der DVU-Abspaltung FDVP zusammengeschlossen hat, alleine weitermachen. Die DP habe beschlossen, „am 31. Oktober den Europawahlkampf allein zu beginnen, falls es nicht gelingen sollte, bis dahin ein Wahlbündnis oder eine Liste mit anderen Gruppierungen einzugehen“, teilte sie mit.

Sogar einen Namen hatte die NPD für die Wahlplattform als „Vertretung all der Deutschen, die es noch sein wollen“, schon gefunden: „Deutsche Liste für Europa“, kurz DLFE. Paritätisch sollte sie mit Kandidaten von Republikanern, DVU, DP und NPD besetzt sein. REP und DVU zeigten Voigt aber die kalte Schulter. „Dr. Frey und Dr. Schlierer haben es noch nicht einmal für nötig befunden, dem Parteivorstand der NPD zu antworten. Sie sitzen noch immer auf ihrem hohen Ross“, empörte sich Voigt beim Parteitag. Und steigerte sich noch weiter in Rage: „Reißen wir ihnen von nun an die heuchlerische Maske vom Gesicht!“

Wenn die Parteiobere von REP und DVU schon nicht mitziehen bei der Idee einer gemeinsamen Wahlplattform, sollten deren Mitglieder sich eben in der „ältesten nationalen Partei Deutschlands versammeln“, fordert Voigt – und wird wohl wissen, dass dies ein frommer Wunsch bleiben wird. Auch bei den so genannten „Freien Nationalisten“, die das Bild der Neonazis auf der Straße bestimmen, dürfte nicht viel zu holen sein. „Die einstigen Flitterwochen zwischen NPD und freier Szene in den Jahren 1997/98 sind längst Geschichte“, heißt es dazu im Störtebeker-Netz. So wenig erfolgreich und attraktiv die rechten Konkurrenzparteien sind und so wenig durchsetzungsfähig die „Freien“ – nichts spricht dafür, dass deren Mitglieder und Anhänger in Massen zur NPD strömen. *Tomas Sager*

Hintergrund

Braune Hochburg

Im Rems-Murr-Kreis häufen sich rechts-extreme Straftaten – Musiker der Gruppe „Bärbel and Friends“ verurteilt.

Die rechtsextreme Szene in Baden-Württemberg hat im schwäbischen Rems-Murr-Kreis einen Schwerpunkt, der auch im jüngsten Landesverfassungsschutzbericht als solcher ausgewiesen ist. Seit Jahren werden in dem östlich von Stuttgart gelegenen Landkreis überproportional viele Straftaten mit rechtsextremem und ausländerfeindlichem Hintergrund begangen. Von zahlreichen Propagandadelikten bis hin zu Überfällen auf Flüchtlingseinrichtungen und Asylbewerbern reicht die Palette der Straftaten. Im gesamten Rems-Murr-Kreis gehören nach offizieller Schätzung etwa 100 Personen der rechten Szene an. Den Schwerpunkt bildet der Raum Backnang mit 40 bis 50 Rechtsextremisten.

Hier häufen sich, gegen den Landestrend, seit Monaten die rechtsextremen Straftaten. An die drei Dutzend Vergehen, vornehmlich Propagandadelikte, registrierten die Behörden seit Sommer. Zuletzt wurden in der Nacht vom 4. auf den 5. Oktober das Schaufenster eines von einem Ausländer geführten Lebensmittelgeschäfts und ein vor dem Laden geparktes Fahrzeug mit fremdenfeindlichen Parolen besprüht. In der Ortschaft Unterweissach wurde in der gleichen Nacht das Asylbewerberheim mit Hakenkreuzen und rassistischen Parolen besprüht. Dies bereits zum wiederholten Male. Wenige Wochen zuvor war das Asylbewerberheim in Remshalden von fünf Skinheads mit gezückten Messern überfallen worden. Im Herbst vergangenen Jahres hatten Jugendliche versucht, das Asylbewerberheim in Kleinaspach in Brand zu stecken.

Zur starken rechten Szene des Rems-Murr-Kreises gehören auch vier junge Musiker, die vor dem Amtsgericht Schorndorf angeklagt waren. Am 6. Oktober verurteilte das Schorndorfer Jugendgericht die vier Musikanten Björn Andrejka (19), Max Hirsch (20), Gerhard Miller (21) und Sven Roland Stütz (22) der Band „Bärbel and Friends“ wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Anlass des Verfahrens war ein Auftritt der Band am 20. April des vergangenen Jahres in einer Szene-Gaststätte in Alfdorf. Dabei soll es im Rahmen des Konzertes zu

„Sieg Heil“-Rufen gekommen sein. Der „Sieg“-Ruf erfolgte aus den Lausprechern der Musikanlage der Band, so die als Zeugen geladenen Polizeibeamten, während die Replik „Heil“ von den anwesenden Gästen gegrölt wurde. Der Sänger der Band, Max Hirsch, bestritt diesen Vorwurf. Er habe „Skin“ gerufen und das Auditorium sollte mit „Head“ antworten. Zusammen hätte dies den unverfänglichen Ruf Skinhead ergeben.

Das Publikum an jenem Abend bestand nach übereinstimmenden Aussagen aus zahlreichen Skinheads und anderen Vertretern der lokalen rechtsextremen Szene. Der Name der Gaststätte lautete SL 41, wobei SL nach Überzeugung des Jugendrichters Boxdorfer die Abkürzung für Sturmlokal war. Das Datum 20. April, in der braunen Szene als „Führers Geburtstag“ bekannt und gefeiert, soll nach Aussage des Bassisten Björn Andrejka (19) kein Kriterium für den Auftritt gewesen sein. Denn der 20. April 2002 sei schließlich ein Samstag gewesen. Überhaupt sei das Verfahren eine Summe „unglücklicher Zusammenhänge“, so der unscheinbare Zivildienstleistende. Der Richter verurteilte die vier Musiker zu Geldauflagen beziehungsweise Geldstrafen. Unter Anwendung des Jugendstrafrechts wurden Hirsch und Andrejka zu jeweils 300 Euro Geldauflage verurteilt, die beiden langhaarigen Anhänger der rechten Heavy Metal-Musik Stütz und Miller zu einer Geldstrafe von je 500 Euro. Die bei der Razzia beschlagnahmten Musikinstrumente und Anlage bleiben eingezogen.

Nicht eindeutig geklärt werden konnte vor Gericht die Frage, ob zwischen der erst Anfang 2002 formierten Kapelle „Bärbel and Friends“ und der neonazistischen Szene-Band „Race War“ aus dem benachbarten Schwäbisch Gmünd nicht mindestens eine personelle Teilidentität besteht. Der Schlagzeuger Sven Roland Stütz, ein mit einem „Nordland“-T-Shirt gekleideter Heavy-Metaler, verneinte die entsprechende Frage. Eine Durchsuchung bei der Freundin des Trommlers hatte kein belastendes Material zu Tage gebracht. Bei den Mitgliedern der Band „Race War“ im Alter von 19 bis 22 Jahren war am 22. Mai dieses Jahres eine Razzia durchgeführt worden (BnR 12/03). Dabei wurden Tonträger, Propagandamaterialien und Musikinstrumente beschlagnahmt. Die vier Beschuldigten stehen im Verdacht, eine CD mit volksverhetzenden und gewaltverherrlichenden Texten im vergangenen Jahr eingespielt zu haben. Das Cover der CD zierte eine Hakenkreuzfahne. Der Prozess gegen die vier Angeklagten steht noch aus. *Barbara Schneider*

Hintergrund**Im Aufwärtstrend****Die DVU-Fraktion hat sich bei der Wahl in Bremerhaven um einen Sitz verbessert.**

Alle beschwörenden Appelle und Initiativen halfen nichts: Bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung von Bremerhaven konnte die rechtsextreme Deutsche Volksunion (DVU) ihr Ergebnis erneut verbessern und die dreiköpfige Fraktion um eine weitere Person verstärken. Die DVU erreichte mit 3564 der abgegebenen Stimmen 8,1 Prozent, während es bei der vorherigen Wahl zur Stadtverordnetenversammlung vor vier Jahren noch 5,2 Prozent (2415 Stimmen) gewesen waren. Bei der Bremer Bürgerschaftswahl im Mai dieses Jahres hatte die dubiose Truppe des „National-Zeitungs“-Verlegers Gerhard Frey in Bremerhaven 3266 Stimmen und somit 7,1 Prozent geholt.

Die von DVU-Gegnern verfolgte Strategie, die DVU durch die Teilnahme an Podiumsdiskussionen und ähnlichen Veranstaltungen zu „entzaubern“, verfiel anscheinend nicht – und das, obwohl DVU-Fraktionschef und Bürgerschaftsabgeordneter Siegfried Tittmann und seine Mannen bei diesen Auftritten keine gute Figur machten. Im Wahlkampf machten Tittmann und Co. in der von Arbeitslosigkeit stark gebeutelten Stadt durch massive Plakat-Propaganda auf sich aufmerksam. Der Rechts-Partei, die bereits seit 1991 in der Stadtverordnetenversammlung vertreten ist, kam außerdem die geringe Wahlbeteiligung von 51,1 Prozent zugute.

Einigermaßen erstaunlich war das schlechte Abschneiden der Schill-Partei. Während sie bei dem Urnengang im Mai aufgrund des guten Ergebnisses in Bremerhaven nur um Haaresbreite einen Sitz im Landesparlament verfehlte (2215 Stimmen, was 4,8 Prozent entsprach), reichte es jetzt zu mageren 979 Stimmen, sprich: 2,2 Prozent. Möglicherweise hat der Partei mit dem Spitzenkandidaten Thomas Schulz an der Spitze die Affäre um ihr einstiges Aushängeschild Ronald Schill geschadet. Im Bremerhavener Wahlkampf setzte sie stark auf dessen vermeintliche Popularität, verteilte zum Beispiel Faltblätter mit ihrem Programm unter der Überschrift „Wer den Wechsel will, wählt Schill!“ Auf der Internet-Seite der Bremerhavener Schill-Partei bläst Thomas Schulz Trübsal: „Ohne den Parteigründer Ronald Barnabas Schill, der leider nicht

zu einem Auftritt hier in Bremerhaven zu bewegen war, haben wir den Wähler, trotz klarer program-matischer Aussagen, nicht erreichen können.“

Die Deutsche Partei (DP) wird in Bremerhaven nun wohl endgültig die Segel streichen. Denn bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung waren nicht mehr als 406 Stimmen (= 0,92 Prozent) drin. In der Stadtverordnetenversammlung stellen SPD und CDU, die bisher gemeinsam regiert hatten, künftig 18 beziehungsweise 16 Sitze. Die Grünen werden eine sechsköpfige Fraktion bilden, die FDP, bietet – wie die DVU – vier Parlamentarier auf.

Oberbürgermeister der 119 000 Einwohner zählenden Stadt ist der Sozialdemokrat Jörg Schulz. Des-sen Kommentar zu dem Triumphzug der DVU: „Diese Knalltüten müssen wir endlich loswerden. Schließlich ist Bremerhaven eine demokratische Stadt.“

Thomas Klaus

Grauzone**Führungswechsel**

Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Bernhard Friedmann (Jg. 1932) hat den Vorsitz des um-strittenen Studienzentrums Weikersheim (SZW) übernommen. Er löst den einschlägig bekannten Klaus Hornung ab, der dem 350 Mitglieder starken SZW jedoch als Beisitzer erhalten bleibt. Friedmann will das SZW, das unter Hornungs Führung immer wieder für Negativ-Schlagzeilen sorgte, wieder enger an die Unionsparteien heranzuführen; so sollen künftig unter anderem „Weikersheimer Wirt-schaftsgespräche“ in Zusammenarbeit mit der Mit-telstandsvereinigung der CDU/CSU stattfinden.

Dass das SZW seinen stramm rechten Kurs gänzlich aufgeben wird, ist kaum anzunehmen. Dafür dürfte neben anderen das Vorstandsmitglied Stefan Winckler sorgen. Winckler ist ein politischer Weg-gefährte des umtriebigen Rechtsaußen Hans-Hel-muth Knütter. Gemeinsam mit diesem hat er den diffamierenden Sammelband „Der Verfassungsschutz. Auf der Suche nach dem verlorenen Feind“ herausgegeben. Auch Friedmann fällt hin und wie-der die Abgrenzung nach rechts schwer. So wünsch-te der mehrfache Interviewpartner der „Jungen Frei-heit“ dem Blatt 1991 in einem Schreiben „alles Gute“ und zeigte sich erfreut, dass es „auch in der jungen Generation Menschen gibt, die nicht strom-linienförmig alles mitmachen“.

A.M.

Aktivitäten**Draußen vor der Tür****DVU-Gegner verhindern Veranstaltung.**

Die einen demonstrierten, die anderen bevorzugten es, Flugblätter zu verteilen und Gegenveranstaltungen auf die Beine zu stellen: Auch in Dortmund machten die Rechtsaußen von NPD und Kameradschaften einerseits und der DVU andererseits gegen die Wehrmachtsausstellung mobil. Knapp 700 Neonazis zogen am 20. September durch den Westen der Stadt. Aufgerufen hatten dazu unter anderem Kameradschaften aus Dortmund, Köln-Bonn, Hamm und dem Hochsauerlandkreis, der Landesverband der NPD sowie die Rechtsrock-Band „Oidoxie“, die zum Abschluss des Aufmarschs das Musikprogramm gestalten durfte. Zuvor wurde Redebeiträgen von Christian Worch, Daniela Wegener, Yvonne Mädels, Hartmut Wostupatsch, Willibert Kunkel (NPD), Constant Kusters (Niederländische Volks-Union) und Ralph Tegethoff gelauscht.

Die DVU ging einen anderen Weg. Seit Beginn der Ausstellung verteilten Frey-Anhänger unter dem Label eines „Arbeitskreises für Geschichte und Politik“ Flugblätter. Eingeladen wurde damit zu Vortragsveranstaltungen mit einem „Waldemar Post“ und Stefan Scheil am 2. und am 24. Oktober. Mit „Waldemar Post“ war der Münchner Rechtsaußen-Historiker Walter Post gemeint. Er ist Autor des Buches „Die verleumdete Armee“, schrieb für die „Junge Freiheit“ und „Aula“ und war kürzlich Interviewpartner der „National-Zeitung“. Der erste Versuch der DVU, direkt am Ort der Ausstellung eine Gegenveranstaltung zu organisieren, scheiterte weitgehend. Statt vollmundig angekündigter 200 Zuhörer waren es 15 – zum Großteil DVU-Funktionäre und Ordner. DVU-Gegner machten ein Durchkommen für die Vertreter der „Erlebnisgeneration“ und den jüngeren Parteianhang unmöglich. Daran konnten auch die Ordner aus dem Kameradschaftsspektrum nichts ändern, derer sich die DVU bediente. Zu der Veranstaltung aufgerufen hatte im Namen einer „Aktionsgemeinschaft gegen die Anti-Wehrmachtsausstellung“ auch NPD-Landesvorstandsmitglied Claus Cremer, der als Koordinator zwischen NPD und „Freien Nationalisten“ gilt. Doch auch die NPDler mussten draußen bleiben. So gelang der Schulterschluss zwischen DVU, NPD und „Freien“ dank der demonstrierenden Bürger nicht einmal für einen Abend. *Tomas Sager*

Aktivitäten**„Sperrspitze“****Kaderschulung der Deutschen Akademie.**

An einem bislang unbekannten Ort wird vom 28. bis 30. November in Hessen das diesjährige Winterseminar der rechtsextremen Deutschen Akademie (Postfachadresse: Kaiserlautern) stattfinden. Die maßgeblich von der NPD und dem NHB initiierte und geführte Deutsche Akademie (DA) definiert sich als organisationsübergreifende, „gemeinsame Bildungsinitiative“ (Jürgen Gansel, Redakteur der NPD-Zeitschrift „Deutsche Stimme“), der neben anderen auch das Deutsche Kolleg und das Thule-Seminar angehören. Gemäß der Strategie des NPD-Vorsitzenden Udo Voigt, dass der Kampf nicht allein auf der Straße, sondern auch „mit dem Verstand“ erfolgen müsse, versteht sich die Deutsche Akademie als Speerspitze im Rahmen des „Kampfes um die Köpfe“. Koordiniert werden die Aktivitäten der Akademie von dem NHB-Bundesvorsitzenden Martin Laus. Dem Sprecherrat der DA gehören neben Laus die NPD-Kader Jürgen Schwab und Dennis Witt an.

Seit 2000 führt die Deutsche Akademie jeweils eine Sommer- und Winterakademie durch. In ihrer Einladung an die „lieben Landsleute“ zur Sommerakademie 2003 betonten Laus, Schwab und Witt, dass die Seminare der DA „nicht nur Unterhaltung, sondern vielmehr Denkanstöße zur Heranbildung einer geistigen Elite bieten, wovon die Erneuerung von Volk und Staat auszugehen hat.“

Als Referenten standen der DA unter anderem Winfried Knörzer (Akademische Ferialverbindung Rugia Karlsbad, „Aula“-Autor), der Schweizer Holocaust-Leugner Bernhard Schaub, Wolfgang Juchem, Rolf Kosiek (Vorsitzender der Gesellschaft für freie Publizistik), Michael Frank (Herausgeber der rechtsextremen Schrift „Freiheit Watten-scheid“), Winfried Krauss (ehemaliger JN-Bundesvorsitzender), Klaus Kunze (Kolumnist der „Jungen Freiheit“, Ex-Landtagskandidat für die REP) zur Verfügung.

Für das abendliche Unterhaltungsprogramm sorgt im Regelfall der einschlägige Liedermacher Friedrich Baunack, parteiloser Kreistagsabgeordneter in Hessen, Redaktionsmitglied von „wir selbst“ und Autor der „Deutschen Stimme“. *Anton Maegerle*

Ausland

Brutale Gewalttaten

Eine aktive rechtsextreme Szene in Schweden hat weitgehend unbehelligt neue Strukturen aufgebaut.

Der Mord an der schwedischen Außenministerin Anna Lindh im September scheint aufgeklärt. Eine DNA-Analyse scheint die Verdachtsmomente gegen einen seit Wochen inhaftierten Mann noch zu verstärken. In den führenden schwedischen Medien wird häufig darauf hingewiesen, dass der Täter das Kind von Einwanderern aus Jugoslawien ist. Damit soll deutlich gemacht werden, dass das vielzitierte schwedische Volksheim, in dem alle Konflikte im Konsens geklärt werden und Gewalt tabu ist, weiterhin intakt ist.

In den ersten Tagen nach dem Mord an Lindh waren in zahlreichen Medien noch andere Stimmen zu hören. So wurde darüber berichtet, dass schon wenige Stunden nach dem Attentat auf Neonazi-Homepage unverhohlene Genugtuung über die Bluttat geäußert wurde. Die Außenministerin habe zu jenen gehört, die eine „gesetzlose multikulturelle Gesellschaft“ propagierten. Die Gewalt schlage nun gegen sie zurück, hieß es dort. Die Hinweise auf die schwedischen Neonazis verschwanden aus der Presse, nachdem ein erster Verdächtiger aus dem rechten Milieu nach wenigen Tagen aus der Untersuchungshaft entlassen werden musste. Der Tatverdacht hatte sich nicht erhärten lassen.

Dabei wäre unabhängig vom Fall Lindh eine offene Debatte über die Gefahr von Rechts in Schweden längst überfällig. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit konnte sich dort wieder eine rechte Szene etablieren. Auf das Konto rechter Terroristen gingen schon in der Vergangenheit Bombenattentate, mehrere Morde und zahlreiche Brandanschläge in den letzten beiden Jahrzehnten. 1995 wurden ein homosexueller Eishockeyspieler und ein afrikanischer Flüchtling von Rechtsextremen erstochen. Anfang der 90er Jahre sorgte eine Serie von Brandanschlägen auf Flüchtlingsheime über Schweden hinaus für Empörung. Doch erst der Mord an dem Gewerkschaftler Björn Söderberg im Oktober 1999 führte zu einer größeren öffentlichen Diskussion über die rechte Gefahr. Er wurde von drei Neonazis vor seiner Haustür erschossen, weil er sich gegen einen Arbeitskollegen und

aktiven Neonazi engagierte und dessen Wahl zum Vertrauensmann verhinderte. Nachdem die Täter und ihre rechten Verbindungen bekannt wurden, wehte den aktiven Neonazis ein schärferer Wind ins Gesicht. Höhepunkt der Kampagne war eine koordinierte Aktion der vier größten schwedischen Tageszeitungen, die die Lebensläufe und Fotos von 62 polizeibekannten Neonazis veröffentlichten und damit heftige Diskussionen auslösten. Doch ähnlich wie beim vielzitierten „Aufstand der Anständigen“ in Deutschland hielt sich auch in Schweden die öffentliche Aufmerksamkeit nur begrenzte Zeit.

Die aktiven Rechten zogen sich für einige Zeit aus der Öffentlichkeit zurück und bauten im Stillen neue Strukturen auf. Vor allem in ländlichen Regionen rekrutieren sie weiterhin vor allem unter Jugendlichen Anhänger. Ein Köder ist die „White Power Music“, die in den Songs unverhüllt Rassismus und Antisemitismus propagiert. White Power Music ist in bestimmten Jugendkreisen geradezu eine Modeerscheinung. Studien zufolge stimmt jeder zehnte schwedische Teenager den plumpen rechten Inhalten der Musik zu. Das haben sich geschäftstüchtige Produzenten mittlerweile zu Nutze gemacht. Schweden gilt als Vertriebszentrum Nummer eins in Sachen Rechtsrock. Über Internet werden rechte Tapes und Videos in viele Länder der Welt exportiert. Auch deutsche Rechte gehören zu den Abnehmern von schwedischem Rechtsrock.

Zwar sind nach dem Mord an Söderberg die spektakulären rechten Gewalttaten zurückgegangen, doch auf niedrigerem Level liefen die Aktionen weiter. So listete die zum Europarat gehörende Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz die Vergehen der Aufstachelung zum Rassenhass in Schweden zwischen 1999 und 2001 auf. Die Zahl der Delikte hatte von 573 beschriebenen Fällen auf zuletzt 744 pro Jahr zugenommen. Im November 2002 wurde ein junger Antifaschist in Malmö von drei verummten Männern in ein Auto gezerzt. Mit den Worten: „Das ist eine Warnung“ schnitten sie ihm einen Finger ab. Zuvor war ein Foto des Mannes auf einer rechtsextremen Internetseite veröffentlicht worden.

Auch die Auslandskontakte der schwedischen Rechten sind in den letzten Jahren wieder intensiviert worden. So haben an dem Gedenkmarsch für Rudolf Heß im vergangenen August im bayrischen Wunsiedel auch Mitglieder der neonazistischen Nationalen Jugend und der Schwedischen Widerstandsbewegung teilgenommen. *Peter Nowak*

Ausland**„Großwildjagd“**

Der rechtsextreme Front National hat den Wahlkampf für die Regionalparlamentswahlen eröffnet. Die soziale Frage soll dabei im Vordergrund stehen.

„Popeye“ ist genervt. Den Spitznamen des Spinatmatrosen trägt seit vielen Jahren der „alte Haudegen“ Roger Holeindre, Veteran der französischen Kolonialkriege, der beim Front National (FN) den parteinahen Militaristenverband CNC betreut. Heute regt der alte Herr sich auf. Denn die Spitzenvertreter des Front National aus dem Raum Paris sind auf einem Ausflugsboot versammelt, das auf der Seine herumschippert, um den Wahlkampf für die Regionalparlamentswahlen im März kommenden Jahres zu eröffnen. Wir schreiben den 3. Oktober. Die Presse ist auch dabei. Grund der Empörung: Die rechtsextremen Politiker wollten sich gern zum Abschluss mit dem Eiffelturm fotografieren lassen. Den aber verdeckt unpassenderweise eine Brücke, der Pont d'Iéna. „Natürlich! Delanoë hat uns diese Scheißbrücke hingepflanzt!“ Doch der sozialdemokratische Bürgermeister der französischen Hauptstadt Paris kann dieses Mal gar nichts für die Ungemach. Der Schuldige sitzt woanders, oder eher, er liegt unter dem Invalidendom: Bereits Napoleon hatte die „Jeaner Brücke“ bauen lassen.

Das Bootfahren scheint in jüngster Zeit zum festen Bestandteil des Rituals rechtsextremer Wahlkämpfe zu werden. Begonnen hatte damit der Gründer und unbestrittene Chef des Front National, Jean-Marie Le Pen. Am 18. September ließ er in Nizza, bei strahlendem Sonnenschein, die Yacht „Star-Côte d'Azur“ auslaufen und eine dreistündige Tour durch die Bucht unternehmen, um seine Kandidatur für die Präsidentschaft der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur (PACA) zu eröffnen. Dabei scheint es sich vor allem um ein Mittel verstärkter Personalisierung des Wahlkampfs, um einen vor allem auf Jean Marie Le Pen zugeschnittenen Politikstil zu handeln.

Le Pen sieht sich bereits auf der Siegesstraße zur Regionalpräsidentschaft von PACA. Der Präsidentenstuhl steht in Marseille, aber da der Spitzenkandidat sich seinen Wahlkreis aussuchen kann, hat der FN-Vorsitzende sich für Nizza entschieden, wo

der rechtsextreme Stimmenanteil immer hoch war. Als „politische Großwildjagd“ hat Le Pen seine Kandidatur bereits angekündigt, im Hinblick auf den derzeitigen sozialistischen Regionalpräsidenten Michel Vauzelle und den konservativen Spitzenkandidaten Renaud Muselier, der derzeit in Paris Staatssekretär in der Regierung Raffarin ist.

Viele Medien berichteten Mitte September auch über den Wahlkampf Le Pens, als habe er real ernsthafte Aussichten, die Region PACA zu regieren. Es ist zwar prinzipiell möglich, dass das Wahlrecht den Front National tatsächlich begünstigt, falls er ein hohes Ergebnis erhält. Erst im März dieses Jahres hatte die konservative Parlamentsmehrheit in Paris am Wahlrecht für die Regional- wie auch die Europaparlamentswahlen, die beide im nächsten Jahr stattfinden werden, herumgedoktort. Um dem eigenen politischen Lager – vermeintlich – einige wackelnde Mehrheiten zu sichern, wurden etwa für die Regionalwahlen Bestimmungen angekündigt, welche die stärkste Liste bevorzugen. So werden künftig derjenigen Liste (von zweien oder auch mehreren), die das höchste Einzelergebnis erhält, vorab 25 Prozent der Sitze zugeteilt, bevor die übrigen Mandate berücksichtigt werden. Das könnte unter Umständen wirklich den Front National begünstigen, wie dessen Chef öffentlich kalkuliert. Tatsächlich hat Le Pen bei der französischen Präsidentschaftswahlen vom April 2002 in PACA unter allen Kandidaten an der Spitze gelegen, mit 23,4 Prozent der Stimmen.

■ Le Pen ist Kandidat für den Regionalpräsidentenstuhl ■

Aber die wirklichen Siegeschancen des FN scheinen dennoch eher gering zu stehen. Nach einer Umfrage des Instituts CSA hätten Mitte August 20 Prozent der Wähler in PACA für Le Pen gestimmt (bei den letzten Regionalwahlen, im März 1998, waren es 26,5 Prozent). Die Linkskoalition aus Sozialisten, KP und Grünen hinter Michel Vauzelle würde demnach 33 Prozent und die bürgerlichen Parteien 37 Prozent erhalten. Allerdings ist dabei noch nicht berücksichtigt, dass der FN in Umfragen oftmals unterbewertet ist, da es so etwas wie einen „Schameffekt“ bei manchen seiner Wählern gibt (der freilich in Südostfrankreich schwächer ausfallen dürfte als anderswo).

In der Region Ile-de-France (dem Großraum Paris) wiederum tritt Marine Le Pen, die jüngste Tochter

des alternden Chefs, als Spitzenkandidatin an. Sie wird mittlerweile recht offen zur politischen Nachfolgerin aufgebaut.

Zu ihrem Bedauern allerdings wird Marine Le Pen nicht mit dem konservativen Innenminister Nicolas Sarkozy, dem derzeit ehrgeizigsten und profiliertesten Vertreter der Rechtsregierung, konfrontiert werden. Die Regierungspartei UMP hatte Sarkozy zwar die Kandidatur im Großraum Paris angetragen, aber der hatte nach einigem Überlegen dankend abgelehnt – da er sich zu Höherem berufen sieht und bereits von einer Präsidentschaftskandidatur 2007 oder dem Sessel des Premierministers träumt. Damit entgeht Marine Le Pen auch die Chance, dem Hardliner in Sachen „Innere Sicherheit“ – dessen Appell in der eigenen Wählerschaft des FN nicht ungehört verhallt – in direkter Auseinandersetzung entgegen zu treten, um sich an seiner Demontage zu versuchen. Stattdessen wird als konservativer Spitzenkandidat in der Ile-de-France der derzeitige Regierungssprecher Jean-François Copé antreten, der dem Wahlkampf wesentlich weniger Medienaufmerksamkeit sichern wird als der „Star“ Sarkozy.

■ „Die Geißel der ungezügelten Einwanderung“ ■

Allem Anschein nach plant der Front National, dessen Führungsgremien die Wahlkampfstrategie definitiv am 7. Dezember dieses Jahres beschließen beziehungsweise absegnen werden, seinen Wahlkampf stark auf soziale Fragen auszurichten, um dem „Sarkozy-Effekt“ gegenzusteuern. Einem Bericht der Pariser Abendzeitung „Le Monde“ vom 4. Oktober zufolge soll der Diskurs vor allem beim derzeitigen Generalbeauftragten (délégué général) des Front National formuliert werden, Carl Lang, der als Spitzenkandidat in der Region Pas-de-Calais antritt. Gerade in Pas-de-Calais, als altem Kohle- und Stahlrevier und heute industrieller Krisenregion, hatte der Front National bereits in den frühen neunziger Jahren den Einbruch in eine desorientierte frühere Linkswählerschaft versucht. Zwischenzeitlich, vor allem nach der Parteispaltung zur Jahreswende 1998/99, war die soziale Thematik seitens des Front National weitgehend unbesetzt geblieben. Nun soll es laut Carl Lang darum gehen, wieder offensiv „das Unglück der französischen Arbeiter mit der Geißel der ungezügelten Einwanderung“ in Verbindung zu bringen.

Bernhard Schmid

Grauzone

Kirchliche Worte

■ Weihbischof relativiert den Holocaust. ■

„Während in der Bundesrepublik aufgrund der NS-Verbrechen ein ‘Nationalmasochismus’ praktiziert werde, würde der Holocaust der Siegermächte an den Deutschen außen vorgelassen.“ So geben die „Dürener Nachrichten“ den Limburger Weihbischof Gerhard Pieschl wieder. Der Beauftragte der Deutschen Bischofskonferenz für Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge war Festredner auf dem „Tag der Heimat“ des Bund der Vertriebenen in Düren – und sorgte für den dritten Eklat in vier Jahren.

Denn laut Dürener Antifa hat Pieschl in der zwischen Köln und Aachen gelegenen Kreisstadt den Holocaust relativiert. Deswegen erwäge man eine Strafanzeige. Der Weihbischof indes findet das „seltsam“. Auf Anfrage sagte er, er habe in seiner Rede am 27. September frei gesprochen und auch Zitate verwendet. „Durchaus denkbar“ sei es aber, „dass die Sätze so gefallen sind.“ Den Begriff „Holocaust“ halte er für „einseitig besetzt“, ähnlich wie der „Genozid an den Juden“ seien auch die Vertreibungen ein „geplanter und durchgeführter Genozid“ gewesen. Die Rede hielt er im Rathausfoyer, eingeladen von Bürgermeister Paul Larue (CDU). Gegenüber der „Dürener Zeitung“ sagte der, das Nationale habe Pieschl manchmal „zu stark betont“.

Die Dürener Antifa kritisiert auch, auf dem zeitgleich vor dem Rathaus veranstalteten „Ostdeutschen Markt“ seien als revanchistisch und bisweilen rechtsextrem einzustufende Zeitungen verteilt worden, wie etwa das „Ostpreußenblatt“. Es sei skandalös, dass die Stadtverwaltung dem BdV nach ähnlichen Vorfällen „immer noch Räumlichkeiten und Gelder zur Verfügung stellt“. So lud der BdV im Jahr 2001 erst nach massiven Protesten den damaligen BdV-Vizepräsidenten Paul Latussek als Festredner aus. Latussek hielt Kontakte zu rechtsextremen Vereinigungen und hatte zuvor mehrfach den Holocaust relativiert. Dennoch fand Dürens BdV-Kreisvorsitzender Karl Heinz Weschke, Latussek sei „ein untadliger Mann“. Im Jahr davor hatte Rüdiger Goldmann die Festrede gehalten. Der ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete war zuvor Funktionär des revanchistischen und rechtsextrem durchsetzten Witikobund. *Michael Klarmann*

Seitenblick**Orte des Schreckens**

Ein kleiner Verein auf der griechischen Insel Kefalonia hält die Erinnerung an die von Deutschen Getöteten wach.

Auf Kefalonia, einer griechischen Insel im Ionischen Meer, gibt es ein großes, repräsentatives Ehrenmal. Es erinnert an viele italienische Soldaten, die dort im September 1943 von Angehörigen der Wehrmacht erschossen worden sind. Das Mahnmal hat die römische Regierung 1978 errichten lassen – 25 Jahre nach dem Massaker. Genau genommen müsste es auf der Insel mindestens 23 Stätten der Erinnerung geben und eines vor der Küste, weil an diesen Orten italienische Soldaten umgebracht worden sind – mindestens 5000. Hinzu kommen 3000 Gefangene, die auf drei deutschen Schiffen weggebracht werden sollten. Die Schiffe sind aber kurz nach Beginn der Fahrt angeblich auf Seeminen gelaufen und gesunken. Die deutschen Wachmannschaften konnten sich retten – heißt es offiziell. Es drängt sich allerdings die Vermutung auf, dass die Schiffe absichtlich versenkt worden sind.

Die Namen der Orte des Schreckens hier aufzuzählen, würde niemandem helfen. Sie herausgefunden zu haben, ist das Verdienst einer kleinen Gruppe von Frauen des Vereins „Mediterraneo“, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Erinnerung an die Toten wach zu halten. Das ist um so bemerkenswerter, als die Opfer, also die umgebrachten Soldaten, ehemals als Feinde nach Kefalonia gekommen und die Mörder ebenfalls Besatzer waren.

Nach der Landung der Westalliierten im Süden Italiens im Spätsommer 1943 war der italienische Diktator Benito Mussolini von Landsleuten gestürzt worden. Das italienische Kapitulationsangebot nahmen die Alliierten an und damit schien auch für die italienischen Besatzer auf der Insel das Kriegsende in greifbare Nähe gerückt zu sein. Doch es kam anders. Deutsche Truppen lösten die Italiener ab, und als die sich nicht sofort ergaben, setzte das erbarmungslose Gemetzel ein. Ihm fielen um die 9000 Männer zum Opfer. Um an sie zu erinnern, war kürzlich eine kleine Delegation des Vereins Gegen Vergessen – für Demokratie nach Kefalonia gereist, und hat an dem Ehrenmal Blumen niedergelegt. Der Verein – sein Name sagt es – arbeitet unter anderem entschlossen gegen die Be-

fürworter des Schlusstrichs unter die NS-Zeit und unterstützt Personen und Gruppen, die ähnliche Ziele verfolgen.

Hätte die Delegation freilich auch nur geahnt, was Doris Wille vom Verein Mediterraneo nach der Gedenkminute am Ehrenmal zeigen würde, wäre zumindest ein zweites Blumengebinde mitgenommen worden. Aber wer in der Bundesrepublik kennt schon das verschlafene Dorf Troianata, in dessen Nähe im September 1943 um die 600 junge Italiener im Sinne des Wortes heimtückisch umgebracht worden sind. Doris Wille hat den Massensmord und seine Zusammenhänge genau untersucht und kennt fast alle Details.

Die Soldaten waren einen Tag vor ihrem gewaltsamen Tod von deutschen Soldaten aus dem Tal hinauf auf ein Plateau geführt worden. Während des Marsches sangen sie Lieder und freuten sich, bald nach Hause zurückkehren zu können. Sie übernachteten in einem kleinen Schulgebäude. Am nächsten Morgen wurden sie einige hundert Meter hinab auf einen anderen Platz geführt. Sie mussten ihre Tornister ablegen und sich einem Deutschen zuwenden, der auf einem kleinen Hügel stand und zu ihnen sprechen wollte. Kaum hatte er begonnen, da fegten Maschinengewehrsalven in die Gefangenen hinein. Sie kamen aus zwei leichten MGs, die heimlich und schnell hinter ihrem Rücken in Stellung gegangen waren. Um die Leichen haben die Mörder sich nicht gekümmert. Dorfbewohner warfen sie in leere Brunnen, weil der Verwesungsgeruch die ganze Gegend belastete. An das Massaker erinnert nichts – kein Gedenkstein, keine Mahntafel, kein Kreuz.

Von den Mördern ist bis jetzt noch keiner zur Verantwortung gezogen worden. Zuständig ist die Staatsanwaltschaft Dortmund. Dass dort Jahrzehnte lang nichts unternommen worden ist, kann niemanden wundern, der den ehemaligen Behördenchef Oberstaatsanwalt Klaus Schacht kennt. Aber von seinem Nachfolger Ulrich Maas heißt es, er wolle jetzt energisch gegen mutmaßliche Täter ermitteln. Auf Kefalonia merkt man bisher nichts von neuen juristischen Aktivitäten. Informationen und Hinweise auf alles, was mit den Verbrechen auf Kefalonia zusammenhängt, sammelt der Verein Mediterraneo, der aus eigenen Kräften in der Inselhauptstadt Argostoli ein kleines Museum aufgebaut hat. Doris Wille ist für jede Information und Hilfe dankbar und über Telefon und Telefax zu erreichen unter 0030-2671024882. *Heiner Lichtenstein*

Seitenblick

Unsägliche Ignoranz

In Fredenbeck diffamiert man die Opfer, um sich der Geschichte nicht zu stellen.

Einfach einen Gedenkstein aufstellen – und fertig. So hat man es 1994 in Balje-Hörne und 1997 in Drochtersen-Nindorf gehalten. Auch vergangenes Jahr in Jork-Borstel wurde die Angelegenheit ohne unnötiges Aufsehen erledigt: Enthüllung des Mahnmals, Feierstunde in der Kirche – und gut. Weihevolltes Gedenken ist etwas anderes als echte Erinnerung, aber man war aus dem Schneider. Fredenbeck dagegen ist konsequent. Fredenbeck lässt sich partout nicht auf die eigene Geschichte ein.

Vier so genannte „Ausländerkinder-Pflegestätten“ gab es zwischen 1943 und 1945 im Landkreis Stade. Eingerichtet in aufgelassenen Ziegeleien und ausgelegt für 100 Kinder von Zwangsarbeiterinnen, die allen Verordnungen und Strafandrohungen zum Trotz das Licht der Welt erblickt hatten. Wenigstens 68 Säuglinge und Kleinkinder wurden durch „bewusste Vernachlässigung“ oder Gift umgebracht (BnR 3/99). Über 150, wahrscheinlich 250 dieser Tötungsstätten gab es insgesamt. Die vier Stader Heime gehören mittlerweile zu den am eingehendsten erforschten. In Fredenbeck wurde man 1998 erstmals aufmerksam gemacht, als die Journalistin Andrea Röpke die „Orte der Schande“ in einer Illustrierten vorstellte und die Lokalpresse nachhakte. Damals behalf sich der Gemeindedirektor mit Lügen und Ausreden und behinderte die Recherchen. Unter öffentlichen Druck geraten, beschloss der Gemeinderat, eine in Arbeit befindliche Dokumentation über den Babymord abzuwarten, ehe über Gedenkmaßnahmen entschieden werde.

Sobald absehbar wurde, dass die Publikation des Landkreises erscheinen würde, kündigte man als Termin zum Erinnern ein noch Jahre voraus liegendes Dorfjubiläum an. Bis dahin wäre die Sache hoffentlich vergessen. Nachdem die Geschichte der „Heime“ jetzt in Buchform vorliegt und die Fragen nicht nachlassen, sind andere Töne zu vernehmen. Die Sprüche, die seit Jahren zu hören bekommt, wer nach dem „Heim“ am Dorfrand und der Begräbnisstätte der Kinder fragt, stehen inzwischen als Zitate von Ratsmitgliedern in der Zeitung: Die Mütter der ermordeten Kinder seien „leichte Mädchen“ und eigentlich froh gewesen,

den Nachwuchs auf so bequeme Art loszuwerden. Wenn du einen Gedenkstein aufstellst, wurde ein Ratsherr, der trotz aller Anfeindungen die Erinnerung wach hielt, unlängst am Telefon gewarnt, kannst du deinen gleich daneben setzten. Die Polizei ermittelt gegen den Anonymus, der aussprach, was viele Fredenbecker vornehmer formulieren.

Das „Heim“ von Jork-Borstel befand sich direkt neben der Kirche, und der Pastor konnte nicht vermeiden, die Schreie der Kinder zu hören, die dort verkümmerten, verhungerten oder durch vergiftete Milch aus der Welt geschafft wurden. In Fredenbeck lag die Tötungsstätte etwas außerhalb, die Schreie vernahm kein Nachbar, gleichwohl wussten alle im Dorf Bescheid. Nur der Dorfschulze nicht, der Ortsbürgermeister, der das „Heim“ auf Anweisung des Landrats eingerichtet hatte. Sein Vater habe keine Ahnung gehabt, behauptet jedenfalls der heutige Bürgermeister von Fredenbeck. Niemand war bisher auf den Gedanken verfallen, ihn persönlich haftbar zu machen für die Geschichte. Offenbar identifiziert er sich mit seinem Amtsvorgänger. Das kann kaum misszuverstehen zu sein.

In der Kreisstadt Stade verschaffte man einem NS-Verbrecher ehrenhalber einen Brief des Bundeskanzlers (BnR 3/03), die Nachbarstadt Buxtehude würdigte Kriegsverbrecher mit einem Ehrenmal (BnR 20/03). Auch das Fredenbecker Beispiel für neue alte deutsche Geschichtsauffassung könnte im benachbarten Bargstedt auf dem Lehrplan stehen. Dort treffen sich alle paar Wochen mitten im Ort, in der so genannten „NPD-Scheune“ aus dem Besitz eines führenden NPD-Landesfunktionärs, Neonazis zu „Schulungen“. Im Weltanschauungskundeunterricht könnte der braune Nachwuchs auch das Jahrbuch des Geschichtsvereins von Harsefeld durchführen, in dem ein hochrangiger SS-Mann seine Heldenlegende verbreiten durfte.

In Polen, woher die meisten der Zwangsarbeiter an der Unterelbe kamen, fand die Erinnerungsarbeit zu den „Heimen“ 2001 ein anerkennendes Echo, nachdem der Kreistag Entschädigungsgeld für die überlebenden Mütter der ermordeten Kinder angeboten hatte. Eine Journalistin der „Trybuna“ reiste an und machte Fotos der Gedenksteine. Fredenbeck wird bald mehr zu bieten haben. Zwei Steine sollen es nun sein: einer von der CDU-Mehrheit im Rat ohne die Namen der Kinder und mit Inschrift für „alle Frauen und Kinder“, die Opfer des NS-Regimes wurden, einer mit Namen, durch Spenden finanziert, von Grünen und SPD initiiert. *Uwe Ruprecht*

Demokratische Initiativen**„Geistiges Vorfeld“****Eine Fachtagung über die „Neue Rechte“.**

„Notwendiger denn je“ scheint NRW-Innenminister Fritz Behrens die Beschäftigung mit intellektuellen Spielarten des Rechtsextremismus. Hinter ihrem „gemäßigten Duktus verbergen sich oft antidemokratische und fremdenfeindliche Konzepte“, sagte er bei einer Fachtagung des Düsseldorfer Verfassungsschutzes über die „Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?“ Festhalten will er auch an der Beobachtung der „Jungen Freiheit“ (JF), die dagegen erneut vor Gericht zieht. VS-Chef Hartwig Möller beklagte die im Vorfeld der Tagung gegen einen seiner Mitarbeiter und einige der Referenten gestartete Verleumdungskampagne (BnR 17 und 20/03). Selbst bei der Tagung sollte sie fortgesetzt werden, als Götz Kubitschek, Leiter des JF-nahen Instituts für Staatspolitik und des Verlags Edition Antaios, zum Mikrofon eilte und zwei Referenten als „Linksextremisten“ titulierte. Für Beobachter der Szene ist gerade diese Kampagne, in deren Folge sich auch die „Welt am Sonntag“ („Arbeitet Verfassungsschutz mit Linksextremisten?“) und der „Bayernkurier“ („Verfassungsschutz auf Abwegen“), CDU-Bundestagsabgeordnete und ein FDP-Landesparlamentarier einschalteten, ein Beispiel für jene „Erosion der Abgrenzung“, die von den Verfassungsschützern beklagt wird.

Dass ein neues 1933 nicht vor der Tür steht, war Konsens bei der Tagung. Zwar gebe es Kontinuitäten antidemokratischen Denkens von Weimar bis heute, meinte der Münchner Politikwissenschaftler Kurt Sontheimer. Bei den Akteuren handele es sich aber nur um „Kopisten und Interpreten“. Im Unterschied zu Weimar fehle es an wirklich intellektuellen Köpfen. Wie weit darf ein Verfassungsschutz gehen? Uwe Backes, Dresden, warnt vor einer Ausweitung der Arbeit in ein „geistiges Vorfeld“. Die JF siedelt er in einer „Grauzone zwischen rechtsextremistischer Szene und demokratischer Mehrheitskultur“ an. Er glaube nicht, dass es Aufgabe der Verfassungsschützer sei, „diese Grauzone auszuleuchten“. Anders sieht dies der Kölner Christoph Butterwegge. Er nennt die „Neue Rechte“ eine „Gefahr für die demokratische Kultur“. Der Verfassungsschutz dürfe sich nicht nur auf spektakuläre Fälle konzentrieren, sondern müsse das „geistige Hinterland“ im Auge behalten. T.S.

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Junge Freiheit“ (JF), 18. Jg., Nr. 39-41/2003: Die „in Deutschland grassierende Sorge um die Interessenwahrung“ der Staaten, „aus denen 1945 Deutsche vertrieben worden sind“, nennt Peter Freitag befremdlich. Die BdV-Chefin und CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach beklagt im JF-Interview, dass von Deutschland aus – sie meint den SPD-Politiker Markus Meckel – polnische Ängste wegen des geplanten Vertriebenen zentrums geschürt worden seien. Die JF gibt allerdings in der Folgeausgabe zu, der CDU-Politikerin die im Blatt stehende Frage nach einem deswegen „im Ausland ‘bestellten’ Protest“ unautorisiert untergejubelt zu haben. Doris Neujahr wirft Meckel vor, „sich aus Wichtigtuerei als Nestbeschmutzer und Angstmacher betätigt“ zu haben. Ursächlich sei die 68er Geschichtspolitik, das offizielle Deutschland habe sich „inbrünstig auf die ewige Täterrolle kapriziert“ und schreke „vor der Denunziation seiner eigenen ... Opfer nicht zurück“. Dieter Stein wäht sich als Opfer einer „erneuten innenpolitischen Hysterisierung ‘gegen Rechts’“. Infolge der Sprengstofffunde bei Neonazis sei das „neurotisierte Publikum wochenlang mit den obsessiven Wahnvorstellungen übergeschnappter ‘Rechtsextremismusexperten’ terrorisiert“ worden, so Stein. Im Blick behält man, unterstützt von Unions-Abgeordneten (neben anderen Georg Schirmbeck, Martin Hohmann), die – mittlerweile stattgefunden – Veranstaltung des NRW-Verfassungsschutzes über „Die neue Rechte“, wobei „mehrere ausgewiesene Linksextremisten“ aufgetreten seien, wie der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge, der sich gar mit „autonomen Antifa-Schlägern“ umgebe, weiß Manuel Ochsenreiter. Neujahr geißelt das „intellektuelle Plebejertum“, Journalisten würden sich in der Polemik gegen die JF „auf die Denunziationen des NRW-Verfassungsschutzes wie auf eine Heilige Schrift“ berufen. Der bayerische REP-Vorsitzende Johann Gärtner gibt im Interview der CSU mit ihrem „Märchen vom so genannten Extremismus“ die Schuld am Niedergang der REP. Andreas Mölzer liest der FPÖ die Leviten; das „Haider-Projekt“ sei an der Regierungsbeteiligung, „deren Bild immer jammervoller ausfällt“, gescheitert. Joachim Siegerist, Vorsitzender der Deutschen Konservativen, glaubt an ein Comeback Ronald B. Schills. Der aber benötige „einen organisatorischen Partner“, meint Siegerist. (gn)

Bücherschau**Täterprofile**

Entgegen eines weit verbreiteten Eindrucks kam es in den letzten beiden Jahren nicht zu einem Rückgang rechtsextrem motivierter Gewalttaten, stieg deren Zahl doch nach den neuen Erfassungskriterien der Polizei von 2001 auf 2002 von 709 auf 772 an. Somit machten sie quantitativ sogar fast das Doppelte der linksextrem motivierten Vorkommnisse dieser Art aus. Da seit Beginn der 90er Jahre ein fester Sockel besteht – erfolgen durchschnittlich doch fast zwei rechtsextreme Gewalttaten pro Tag – motivierte dies die Erstellung einer Reihe von wissenschaftlichen Studien zu den Hintergründen und Tätern. Ihnen fehlt es aber an der nötigen Breite und Tiefenschärfe, meinen der Soziologe Wahl und seine Mitarbeiter vom Deutschen Jugendinstitut in München, die im Auftrag des Bundesinnenministeriums drei methodisch unterschiedlich angelegte Studien zur Untersuchung der biografischen und sozialen Hintergründe von fremdenfeindlichen Tätern erstellten.

Hierbei handelte es sich erstens um eine Auswertung von 217 Gerichtsurteilen zu 352 Angeklagten für die Jahre 1997 und 1998, woraus sich erste Aufschlüsse über die Besonderheiten, Biografien, Handlungen und Motive der Täter ergaben, zweitens um eine 1999 und 2000 durchgeführte Intensivstudie bei 115 vorwiegend fremdenfeindlichen Tätern, die Angaben über wichtige biografische und psychologische Details lieferte, und drittens eine Erhebung von 6229 Polizeiakten über fremdenfeindliche Tatverdächtige für das Jahr 1997, womit genaue Angaben über die strukturelle Zusammensetzung in vergleichender Hinsicht gegenüber älteren Erhebungen ermittelt werden konnten.

Folgende Ergebnisse lassen sich komprimiert festhalten: Die Struktur fremdenfeindlicher Tatverdächtiger änderte sich nicht in wesentlichen Punkten. Überwiegend handelt es sich um ledige junge Männer zwischen 15 und 24 Jahren mit formal geringer Bildung. Zugenommen habe der Anteil der weiblichen Tatverdächtigen und im Westen derjenigen mit mittlerer Schulbildung. Insoweit könne man von einer stärkeren Verbreitung der Delikte in bisher weniger auffälligen sozialen Gruppen sprechen. Interessanterweise sei der Arbeitslosenanteil bei den Tatverdächtigen in Ostdeutschland mit 18 Prozent niedriger als im Westen mit 24 Prozent und

seit Anfang der 90er Jahre gefallen. Arbeitslosigkeit wäre eine wichtige, aber nicht die wichtigste Bedingung, die Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus begünstige, sei doch die große Mehrzahl der Tatverdächtigen nicht arbeitslos. Zugenommen habe der Anteil der Tatverdächtigen, die bereits wegen politischen oder nichtpolitischen Straftaten vorher der Polizei bekannt waren oder verurteilt wurden. Dies spreche für früh beginnende und lang andauernde Kriminalitätskarrieren und ein großes Maß an Überschneidung fremdenfeindlicher und rechtsextremer Taten mit der allgemeinen Delinquenz. Auch sei der Anteil von Tatverdächtigen mit Mitgliedschaften in rechtsextremen Organisationen, insbesondere in Skinheadgruppen, angestiegen.

Die Studien verdienen zum einen großes Interesse, weil sie teilweise als Fortsetzung früherer Forschungen auf breiter Datengrundlage konzipiert wurden. Dies gestattet ansonsten nur selten mögliche vergleichende Betrachtungen, bezogen auf Kontinuitäten wie Veränderungen bei den rechtsextrem motivierten Straftätern. Zum anderen handelt es sich um eine methodisch mehrdimensional konzipierte Untersuchung, die sich unterschiedlicher Vorgehensweisen bedient und so jeweils auch die Ergebnisse des anderen Verfahrens kontrollierend mit berücksichtigen kann. Eine dabei deutlich werdende Sorgfalt in der Vorgehensweise zeichnet die Arbeit der Sozialwissenschaftler aus. Sie bekunden auch offen, wo bestimmte Fragen nicht beantwortet werden können und sich unterschiedliche Deutungen anbieten. Kritikwürdig wäre allenfalls die einseitige Fixierung auf die kindliche Sozialisation. Überzeugend können Wahl und seine Mitarbeiter belegen, dass die überwiegende Mehrheit der Täter und Tatverdächtigen Erfahrungen von Aggressionen und Gewalt gemacht haben und ein sozial abweichendes Verhalten schon in einer frühen Kindheitsphase an den Tag legten. Warum sich damit verbundene Emotionen aber in einem rechtsextremen Sinne artikulierten, bleibt unklar. Ausführungen zu den Ideologiebildungsprozessen in den Köpfen der Täter und zur Bedeutung gesamtgesellschaftlicher Rahmenbedingungen als Folie des damit verbundenen Prozesses findet man in den Studien nicht. Gleichwohl handelt es sich um die bislang am breitesten angelegten und analytisch informativsten Forschungsarbeiten zu rechtsextrem motivierten Straftätern. *Armin Pfahl-Traughber*
Klaus Wahl (Hrsg.), Skinheads, Neonazis, Mitläufer. Täterstudien und Prävention, Opladen 2003 (Leske + Budrich), 291 Seiten, 24,90 EUR.

Meldungen

■ **Aachen** – Rechtsextremisten rufen via Internet für den 5. November zu einer Demonstration vor dem Aachener Landgericht unter dem Motto „Todesstrafe für Kindermörder“ auf. An diesem Tag beginnt dort der Prozess gegen die Mörder der Eschweiler Geschwister Tom und Sonja. Schon Mitte April hatten laut Lokalpresse Neonazis in der Heimatstadt der beiden Mordopfer einen Tag vor deren Beisetzung einen Aufmarsch unter diesem Motto abhalten wollen. Dem Vernehmen nach soll der in Stolberg (Kreis Aachen) für die NPD im Stadtrat sitzende Willibert Kunkel hinter dem neuen Protestaufruf stecken.

■ **Bad Soden** – Heiner Kappel, Bundesvorsitzender der rechtsextremen Deutschen Partei – Die Freiheitlichen, hat in der Oktober-Ausgabe der Monatszeitschrift „Nation&Europa“ einen Katalog mit „16 patriotischen Grundforderungen. Was in Deutschland geändert werden muss“ vorgestellt. Kappel, Autor in der rechtsextremen „Konservativen Deutschen Zeitung“ und Gastredner bei den Republikanern, fordert unter anderem: „Schluss mit der verkrampften Selbstbeschuldigung und Selbsterniedrigung Deutschlands vor aller Welt.“ Ebenso müsse „Schluss mit der zügellosen Zuwanderung nach Deutschland“ sein, da es „überbevölkert“ sei und „keine weitere Zuwanderung“ brauche. Unter Punkt 16 heißt es bei Kappel dann: „Schluss mit der Zersplitterung der bürgerlich-patriotischen Kräfte in Deutschland.“

■ **Berchtesgaden** – Die bayrischen Nationaldemokraten veranstalten am 8. November eine „Herbstreise“ auf den Obersalzberg. Am 15. November referiert Horst Mahler beim NPD-Bezirksverband Unterfranken zum Thema „Die Septemberlüge – Hintergründe zum 11. September“.

■ **Esslingen** – Die rechtsextreme Initiative „Identität durch Musik“ (IdM) hat sich im Sommer aufgelöst. In einer „letzten Erklärung“ legte der Esslinger Gitarrist Kay Bunn (28) die Gründe hierfür dar. „Es hat sich zunehmend schwierig herausgestellt, eine Vielzahl mehr oder weniger unterschiedlich ausgerichteter (Musik-)Gruppen zu einer gemeinsamen Kraft zu konzentrieren.“ Ausschlaggebend war der Streit zwischen Kay Bunn und Josef Klumb von den Bands „Von Thronstahl“ und „Weissglut“. Deren Wiederbelebung scheiterte so nachdrücklich, dass Bunn nun „keine Lust mehr auf Musik“ hat. Die rechte Musik-Initiative wurde 1999

von der zwei Jahre später selbst aufgelösten Band „Carpe Diem“ um Kay Bunn gegründet. Zuletzt gehörten der IdM mehrere Bands und Einzelmusiker unterschiedlicher Stilrichtungen vornehmlich aus der Bundesrepublik Deutschland an.

■ **Fulda** – Auf dem Bundesparteitag der Deutschen Partei am 4. Oktober in Fulda wurde der ehemalige DVU-Ableger Freiheitliche Deutsche Volkspartei (FDVP) in die Deutsche Partei aufgenommen. Bundesvorsitzender bleibt Heiner Kappel. Als stellvertretende Bundesvorsitzende wurden die bisherige FDVP-Vorsitzende Claudia Wiechmann, Ulrich Pätzold und Eberhard Lehmann gewählt. Bundesschatzmeister ist wieder Hans Erich Freiherr von Bodenhausen. Zuvor hatte die DP auf einer Bundesvorstandssitzung am 31. August unter anderem beschlossen: „Die Deutsche Partei bewertet jedwede politische Ausgrenzung und Abwertung als inhuman, intolerant und undemokratisch. ... Deshalb ist die Deutsche Partei gegenüber jeder politischen Gruppierung – von der PDS bis zur NPD – gesprächs- und diskussionsbereit.“ Die FDVP hatte sich Mitte Februar 2000 in Magdeburg von der DVU unter Gerhard Frey abgespalten.

■ **Homburg/Saar** – Am 15. November findet im Gasthof „Neue Heimat“ in Homburg/Saar die Bundesversammlung des Andreas-Hofer-Bundes (AHB) statt. Als Stargast des Tages ist die Südtirolerin Karola Unterkircher angekündigt, die bis vor kurzer Zeit in Italien eine langjährige Haftstrafe verbüßte. Vom AHB werden „alle jene Kräfte in Süd-Tirol“ unterstützt, „die für die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Süd-Tiroler eintreten“. Politisches Ziel des AHB ist die „Rückkehr“ Südtirols nach Österreich.

■ **Karlsruhe** – Im Zuge der Ermittlungen gegen die neonazistische „Kameradschaft Süd“ wurde ein 14. Haftbefehl erlassen, wie die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe bestätigte. Er richtet sich gegen eine 21-jährige Frau aus München. Elf mutmaßliche Mitglieder der Kameradschaft befinden sich mittlerweile in Haft, gegen drei weitere besteht Haftbefehl. Der informelle Anführer der Kameradschaft, Martin Wiese, war nach Sprengstoff- und Waffenfunden am 10. September in München festgenommen worden. Die Neonazis stehen unter dem Verdacht, Sprengstoffanschläge auf jüdische und ausländische Ziele in München geplant zu haben.

■ **Kassel** – In Kassel wurde jüngst der Verlag „Editio de Facto“ gegründet, hinter dem der rechts-

extreme Theoretiker Pierre Krebs steckt. Als einziges Buch ist in dem Krebs-Verlag bislang das Verschwörungstheorien huldigende Machwerk des Ex-Linken Thierry Mesan „11. September 2001 – Der inszenierte Terrorismus. Auftakt zum Weltenbrand?“ (Untertitel: „Kein Flugzeug traf das Pentagon!“) erschienen. Krebs ist Kopf des zunehmend in rechts-extremen Kreisen einflusslosen Thule-Seminars, einer metapolitischen Ideenschmiede für eine künftige europäische Neuordnung aller europäischen Völker unter besonderer Berücksichtigung ihres biokulturellen und heidnisch-religiösen Erbes.

■ **Kiel** – Am 20. Oktober referiert bei der umstrittenen Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft in Kiel der „Junge Freiheit“-Autor und Unterzeichner des JF-„Appells für Pressefreiheit“ Gottfried Dyrssen (Jesteburg) zum Thema „Keine Träne wert? Deutschlands Umgang mit seiner Kriegsgeneration“. Unter dem gleichen Titel hat Dyrssen (Jg. 1926) im extrem rechten österreichischen Leopold Stocker-Verlag ein Buch veröffentlicht. Zur Feder greift Dyrssen auch für das Blatt „Neue Ordnung“ aus dem Stocker-Verlag.

■ **Kleinmachnow** – Nach Auffassung des notorischen Antisemiten Horst Mahler hat der „Aufstand des Deutschen Volkes für die Wahrheit“ begonnen. Der nächste Schritt auf diesem Wege soll, so Mahler in einem Rundschreiben vom 29. September, die „Gründung eines ‘Vereins zur Rehabilitierung der wegen Leugnung des Holocaust Verfolgten’“ sein. Zweck des Vereins sei es, „in organisierter Form für die straf- beziehungsweise disziplinarrechtlich Belangten Wiederaufnahmeverfahren vorzubereiten und sie bei der Durchführung – insbesondere auch finanziell- zu unterstützen.“ Die Eintragung ins Vereinsregister und Gemeinnützigkeit werden nicht angestrebt.

■ **Leonberg** – In unregelmäßigen Abständen veröffentlicht die rechtsextreme Deutsche Studiengemeinschaft (DSG; Postfachanschrift in Leonberg) einen 8-seitigen „Informationsdienst“. In der aktuellen Ausgabe beklagt der rechtslastige Publizist und Ex-Präsident des umstrittenen Studienzentrums Weikersheim, Klaus Hornung, die „antifaschistische Machtstrategie in der Moralgesellschaft“. Der „Junge Freiheit“-Mitarbeiter Hornung ist der Ansicht, dass die „amtlichen Verfassungsschutzberichte“ dem „‘antifaschistischen’ Linksextremismus voll in die Hände spielen“ würden. Ziel des Antifaschismus, so CDU-Mitglied Hornung, sei die „schrittweise Transformation der freiheitlich-de-

mokratischen Ordnung unseres Grundgesetzes von 1949 in eine ‘antifaschistisch-demokratische’, die an die Anfänge der sowjetischen Besatzungszone und der DDR erinnert.“

■ **Marburg** – Auf den Namen des in Lübeck inhaftierten Rechtsterroristen Kay Diesner ist die Homepage des neonazistischen „Aktionsbüros Mittelhessen“ angemeldet. Abrufbar ist dort unter anderem die Schrift „Marburger Land“, das „Politzine der nationalen Opposition im Marburger Land“. Als Herausgeber des Blättchens fungiert ein „Volks-treues Komitee für gute Ratschläge“ (Postfachadresse: Marburg). Der Inhalt des „Marburger Landes“ wurde Angaben der Macher zufolge „anwaltlich geprüft“. Den Kameraden werden auch Tipps beim illegalen Kleben von Plakaten gegeben, beispielsweise: „Um anderen das Ablösen der Plakate zu erschweren, könnt ihr kleine Glasteile, die ihr vorher zerstampft habt, in den Kleber mischen.“ Bei „politischen Aktionen“ im www – „egal ob die Botschaften legal sind oder nicht“ – rät man, auf Anonymität zu achten: „Das Beste ist, sich eine neue elektronische Identität zu geben. Überlege Dir einen normalen Namen, Adresse, Alter und so weiter und melde Dich dann unter diesen Daten bei einem elektronischen Internet-E-Mail Betreiber an.“

■ **Passau** – In der Nibelungenstadt Passau ging die Ära der rechtsextremen Republikaner im Stadtrat zu Ende. Der letzte verbliebene REP-Stadtrat Klaus Renner verließ die Schlierer-Partei vor wenigen Tagen. Grund hierfür waren die gegen ihn aus den eigenen Reihen erhobenen Vorwürfe, er sei ein Verfassungsschutz-Spitzel. Renner will sein Kommunalmandat behalten und Anschluss an die CSU suchen. Damit sind die Republikaner nach über zwölf Jahren nicht mehr im Passauer Kommunalparlament vertreten.

■ **Potsdam** – Zu den Kommunalwahlen im Bundesland Brandenburg am 26. Oktober kandidieren mehrere rechte und rechtsextreme Parteien. Die NPD geht mit 16 Kandidaten ins Rennen. Sie tritt unter anderem in den Kreisen Prignitz, Oder-Spree und Oberhavel sowie in der Stadt Wittstock zu den Kreistagswahlen an. Kandidat ist unter anderem der NPD-Bundessprecher Klaus Beier. Mit 45 Bewerbern wartet die DVU, die in Brandenburg im Landesparlament vertreten ist, auf. Sie bewirbt sich in den Landkreisen Elbe-Elster, Märkisch-Oderland, Oberspreewald-Lausitz, Oder-Spree, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming sowie in der Landeshauptstadt Potsdam zu den Kreistagswahlen bezie-

hungsweise zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung. Unter den Kandidaten sind einer Meldung des Stoertebeker-Netzes zufolge die Landtagsabgeordneten Liane Hesselbarth, Michael Claus und Sigmar-Peter Schuldt. Ihr Glück versuchen will am 26. Oktober auch die Partei Rechtsstaatliche Offensive (Schill-Partei), die mit insgesamt 93 Personen antritt.

■ **Rottach-Egern/Tegernsee** – Neben der „organisierten Rechten“ gibt es ein „Sammelbecken für Verhaltensgestörte, Neidhammel, Gschafthuber und Besserwisser“, schreibt Franz Schönhuber in seinem Buch „Der missbrauchte Patriotismus in Deutschland und Europa“ (BnR 17/03), das kapitelweise vorab auf seiner Homepage veröffentlicht wird. „Einige aus diesem Bereich“, schreibt Schönhuber, „haben sogar eine journalistische Plattform gefunden, die ‘Junge Freiheit’“. Nach Auffassung Schönhubers ist „nicht einzusehen, warum die ‘Junge Freiheit’ anders beurteilt werden sollte, als die ‘Nationalzeitung’, die ‘Deutsche Stimme’ oder ‘Nation&Europa’“. Seine Argumentation: „Die Redaktionsspitze der ‘Jungen Freiheit’ kommt ja schließlich von den Republikanern oder der noch weiter rechts stehenden REP-Abspaltung, der ‘Deutschen Liga’“ – und dies wolle JF-Chefredakteur Dieter Stein „nicht mehr wahrhaben“, so Schönhuber. Schönhuber mokiert sich auch über die „unseppelige Allianz“ der JF „mit dem unbestrittenen König unter den Spendensammlern“, „einem Herrn Joachim Siegerist“. Der kriegt sein Fett ab: „Ginge es nach seiner politischen Bedeutung, wäre der Name nicht erwähnenswert. Sie ist gleich Null. Aber wenn auf jemand der Titel ‘Der missbrauchte Patriotismus’ zutrifft, dann auf Siegerist“, urteilt Franz Schönhuber.

■ **Solingen** – Der ehemalige Verfassungsschutzinformant und Ex-NPD-Bundesvorständler Wolfgang Frenz hat mit Schreiben vom 2. Oktober an das Polizeipräsidium in Wuppertal Strafanzeige gegen das frühere NPD-Bundesvorstandsmitglied Steffen Hupka wegen Morddrohung und Nötigung gestellt. Eigenangaben von Frenz zufolge besuchte dieser am 26. September eine Veranstaltung der Verlagsgesellschaft Berg, die von Gert Sudholt geleitet wurde. Frenz: „Während einer Vorlesungspause ging ich zu meinem Verleger und traf auf (...) Steffen Hupka, der bei meinem Anblick ausfällig wurde und wörtlich im Beisein von Sudholt sagte: ‘Sie sind ein Verräter. Wenn ich Sie alleine antreffe, werde ich Sie erschießen oder totschiessen’“. Nach Frenz’ Auffassung gehöre Hupka „zu den

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
 PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 8
 Heft 21/2003 Abo 401917
 Antifaschistisches Pressearchiv und
 Lausitzer Str. 10
10999 BERLIN

Leuten, die ihre Drohungen, wenn sich die Gelegenheit ergibt, auch wahrmachen.“

■ **Stadtallendorf** – Der ehemalige Republikaner-Funktionär und Ex-Vorsitzende des Republikanischen Hochschulverbandes (RHV) Eike Erdel aus Stadtallendorf im Landkreis Marburg-Biedenkopf darf auch weiterhin nicht an Wehrübungen der Bundeswehr teilnehmen. Dies entschied das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig (BVerwG 6 C 4.03 – Urteil vom 17. September 2003). Dort hatte der Oberleutnant der Reserve und Burschenschafter Eidel, Autor der „Jungen Freiheit“, gegen seinen 1997 erfolgten Ausschluss geklagt.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bnr.de
 Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.